

6.10 Koalitionsvereinbarungen und Koalitionsausschüsse

Stand: Beginn 18. WP

Koalitionspartner treffen in Vorbereitung der Bildung einer Regierungskoalition Vereinbarungen, in denen die Bedingungen ihrer zukünftigen Zusammenarbeit festgelegt werden. Solche Koalitionsvereinbarungen enthalten die personellen und sachlichen Bedingungen der Parteien bzw. Fraktionen, unter denen die Koalitionspartner bereit sind zur Regierungsbildung sowie zur parlamentarischen Unterstützung dieser gemeinsam getragenen Regierung. Vereinbarungsformen können sein:

- mündliche Absprachen zwischen Verhandlungsdelegationen, die eventuell nachträglicher Bestätigung durch die betroffenen Fraktionen bedürfen,
- Gedächtnisprotokolle, die zu den eigenen Akten genommen oder ausgetauscht werden,
- Briefwechsel oder
- vertragsähnliche Dokumente mit oder ohne Unterzeichnung.

In dem Maße, in dem Koalitionsvereinbarungen einen schriftlich fixierten Charakter angenommen haben, ergab sich auch die Notwendigkeit, ein Gremium zu schaffen, das die Einhaltung der Absprachen garantieren und überwachen sollte. In der Bundesrepublik war erstmals nach dem Vorbild aus den Weimarer Jahren im Koalitionsvertrag von 1961 die Einsetzung eines „**Koalitionsausschusses**“ vorgesehen. Dieser ist ein dem Bundeskabinett und den jeweiligen Mehrheitsfraktionen vorgeschaltetes Koordinationsgremium.

Wahlperiode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuss
12. WP 1990–1994	Beginn der WP	CDU/CSU, FDP	Detaillierte Koalitionsvereinbarungen.	Offiziell nicht vorgesehen; Entwicklung der „Koalitionsrunde“ zu einem informellen Entscheidungsorgan mit umfassenden Kompetenzen; Einsetzung von „Koalitionsarbeitsgruppen“.

Wahlperiode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuss
13. WP 1994–1998	November 1994	CDU/CSU, FDP	<p>Detaillierte Koalitionsvereinbarung „Das vereinte Deutschland zukunftsfähig machen“¹:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Schlanker Staat „Staat schlanker machen - Bürokratie abbauen“ mit dem Ziel: „staatliches Handeln im normativen, administrativen und gerichtlichen Bereich auf das notwendige Maß [zu] beschränken“ 2. Steuerpolitik <ul style="list-style-type: none"> – „Neuaufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft in den neuen Ländern und die dabei notwendige sozialpolitische Flankierung“ – Sicherstellung dieser Maßnahmen und Konsolidierung des Haushaltes – Senken der Staatsquote (von gut 50 %) auf 46 % bis zum Jahr 2000 – Senken der Gewerbesteuer mit dem Ziel der Abschaffung – Abschaffung der Gewerbesteuer zum 1. Januar – Steuerfreistellung des Existenzminimums 3. Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik <ul style="list-style-type: none"> – Stärkung des Mittelstandes – Gewinnen privater Haushalte als Arbeitgeber – Verstärkung der Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung für Arbeitslosen- oder Sozialhilfeempfänger – Flexibilisierung der Möglichkeiten zur Wiedereingliederung Schwervermittelbarer in den Arbeitsmarkt 4. Familienpolitik, Sozialpolitik, Wohnungsbau. Ziel: „Umbau des Sozialstaates“ <ul style="list-style-type: none"> – Einsetzen einer Expertenkommission, die u.a. die Einführung eines sogenannten „Bürgergeldes“ prüfen soll – Einsetzen einer Kommission zur „systematischen Durchleuchtung des gesamten Systems sozialer Transferleistungen“ – Erhöhung des Kinderfreibetrages und stärkere Orientierung des Kindergeldes an Einkommen und Kinderzahl – Förderung von Frauenerwerbsarbeit und Erleichterung des Wiedereinstiegs in das Berufsleben für Frauen – Schaffung preiswerten Wohnraums – „Kostensenkungs- und Wohnbaulandinitiative“ 	Offiziell nicht vorgesehen; Fortsetzung der seit 1982 entwickelten Praxis mit „Koalitionsrunde“ und „Koalitionsarbeitsgruppen“

¹ Quelle: Gudrun Heinrich, Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung auf Bundesebene 1994 im Spiegel der Presse. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 26. 1995. H. 2. S. 193-204, besonders S. 200 f.

Wahlperiode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuss
			<ul style="list-style-type: none"> – „Übergang in das Vergleichsmietensystem“ für die neuen Länder 5. Bildung, Wissenschaft, Forschung <ul style="list-style-type: none"> – „Strukturreform“ im Hochschulbereich durch „Änderung des Hochschulrahmengesetzes“ – Aufwertung beruflicher Bildung und Gleichstellung beruflicher und schulischer Abschlüsse – schnellere „Umsetzung von Schlüsseltechnologien in Produkte und Verfahren“ – Gründung einer „Deutschen Akademie der Wissenschaft“ 6. Umweltpolitik <ul style="list-style-type: none"> – Festhalten an der Kernenergie als „wesentlichem Beitrag zur Stromerzeugung“ – Durchsetzung einer „EU-weiten, aufkommensneutralen CO₂/Energiesteuer“ 7. Rechts- und Innenpolitik <ul style="list-style-type: none"> – Kriminalitätsbekämpfung – Novellierung des Bundeskriminalamtgesetzes – Verbesserung des Opfer- und Zeugenschutzes – konsequente Anwendung des Ausländerrechts – „Kinderstaatszugehörigkeit“ 8. Europa- und Außenpolitik <ul style="list-style-type: none"> – „Heranführung“ der „Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa“ an die EU – „Festigung von Partnerschaft und gutnachbarlichen Beziehungen zu den GUS-Staaten“ – „schrittweise Erweiterung der NATO“ 	
14. WP 1998–2002	20.10.1998	SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Koalitionsvereinbarung „Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert“ ² : <ol style="list-style-type: none"> 1. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Stärkung der Wirtschaft <ul style="list-style-type: none"> – Einrichtung eines „Bündnisses für Arbeit und Ausbildung“ mit Gewerkschaften und Unternehmen – Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit – Maßnahmen zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung, Missbrauch geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse und Scheinselbständigkeit 	Koalitionsausschuss aus je acht Mitgliedern pro Koalitionspartner ist ausdrücklich vorgesehen, der Angelegenheiten von grundlegender Bedeutung beraten und in

²Quelle: *Kristin Bergmann*, Regierungsbildung 1998. Dokumentation der Koalitionsverhandlungen. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 30. 1999. H. 2. S. 316-325. (Hier: S. 322-324.)

Wahlperiode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuss
			<ul style="list-style-type: none"> - Rücknahme von Einschnitten bei den Arbeitnehmerschutzrechten 2. Steuerpolitik <ul style="list-style-type: none"> - Dreistufige Steuerreform bis zum Jahr 2002 im Gesamtvolumen von 54 Milliarden DM - Dreistufige ökologische Steuer- und Abgabenreform zur Senkung der Lohnnebenkosten (davon nur der erste Schritt im Koalitionsvertrag konkretisiert) 3. Ausstieg aus der Atomenergie <ul style="list-style-type: none"> - zunächst in Konsensgesprächen mit der Energiewirtschaft - nach Ablauf eines Jahres durch Gesetz, das den Ausstieg entschädigungsfrei regelt 4. Ökologische Modernisierung <ul style="list-style-type: none"> - Verbesserung des Klimaschutzes - Einführung eines Umweltgesetzbuches - Verschärfung des Bundesnaturschutzgesetzes - Verschärfung der rechtlichen Regelungen zur Gentechnologie - Pflicht zur wissenschaftlichen Begleitung von Freilandversuchen mit transgenen Pflanzen 5. Verkehrspolitik <ul style="list-style-type: none"> - Keine zusätzlichen Finanzmittel für die Magnetschwebbahn Transrapid - Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs - 0,5 Promille-Grenze für Alkohol am Steuer 6. Reform der Alterssicherung <ul style="list-style-type: none"> - Rücknahme der Rentenkürzung - Arbeitnehmerbeteiligung am Produktivkapital zur Altersvorsorge 7. Gesundheitspolitik <ul style="list-style-type: none"> - Einführung eines Globalhaushaltes im Gesundheitswesen - Neuordnung des Arzneimittelmarktes (Positivliste) - Stärkung der Rolle des Hausarztes 8. Drogenpolitik <ul style="list-style-type: none"> - Unterstützung von Substitutionsmethoden 9. Familienpolitik <ul style="list-style-type: none"> - Erhöhung des Kindergeldes - Mehr Steuergerechtigkeit für Familien - Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten - Flexibilisierung des Elternurlaubs - Verankerung eines Rechts auf gewaltfreie Erziehung 	<p>Konfliktfällen Konsens herbeiführen soll</p>

Wahlperiode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuss
			10. Frauenpolitik <ul style="list-style-type: none"> - Gleichstellungsgesetz mit verbindlichen Regelungen auch für die Privatwirtschaft - Nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen 11. Innere Sicherheit <ul style="list-style-type: none"> - Intensivierung der Kriminalitätsbekämpfung - Bürokratiearme Bekämpfung von Alltagskriminalität 12. Reform des Staatsbürgerschaftsrecht <ul style="list-style-type: none"> - Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft - Erleichterung der Einbürgerung 	
15. WP 2002–2005	16.10.2002	SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Koalitionsvertrag „Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit. Für ein wirtschaftlich starkes, soziales und ökologisches Deutschland. Für eine lebendige Demokratie“. <p>I. Präambel</p> <p>II. Mehr Beschäftigung, starke Wirtschaft und solide Finanzen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Arbeit (Arbeitsplätze schaffen – Arbeitslosigkeit bekämpfen; - Beschäftigung schaffen; Vermittlung in Arbeit stärken; kundenfreundliche - und effiziente Strukturen in der Arbeitsmarktpolitik schaffen; Modernisierung der Arbeitswelt) - Wirtschaftspolitik (Politik für Wachstum und Beschäftigung; Mittelstandsinitiative; - Bürokratieabbau und Modernisierung der Verwaltung; Außenwirtschafts- - offensive; Förderung von Zukunftstechnologien) - Finanzen und Steuern (notwendige Strukturreformen; gerechte Steuerpolitik; - ökologische Finanzreform; Föderalismus reformieren) <p>III. Aufbau Ost (Investitionen und Mittelstand fördern; Zukunftsinvestitionen in Ausbildung und Forschung; Infrastruktur und Kommunen ; Arbeit und neue Qualifikation schaffen; Landwirtschaft, Natur und Tourismus; Gesundheitsversorgung; EU-Osterweiterung; Opfer des SED-Regimes)</p> <p>IV. Kinderfreundliches Land und bessere Bildung für alle</p>	Monatlich tagender Koalitionsausschuss aus je acht Mitgliedern pro Koalitionspartner ist ausdrücklich vorgesehen, der darüber hinaus Angelegenheiten von grundlegender Bedeutung beraten und in Konfliktfällen Konsens herbeiführen soll.

Wahlperiode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuss
			<ul style="list-style-type: none"> – Kinder und Familien im Zentrum (mehr und bessere Betreuungseinrichtungen für Kinder; Verbesserung der wirtschaftlichen Situation von Familien) – Bildung und Ausbildung für morgen (Zukunft Bildung; Ausbildung für alle Jugendlichen und Qualität der beruflichen Ausbildung stärken; Qualitätsoffensive berufliche Weiterbildung; attraktive Hochschulen) – Forschung, Innovation, Nachhaltigkeit (Schlüsseltechnologien für neue Arbeitsplätze; Forschung für den Menschen; Forschung und Gesellschaft) <p>V.</p> <ul style="list-style-type: none"> – Ökologische Modernisierung und Verbraucherschutz (Umsetzung und Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie; Öko-Effizienz – die Jobmaschine von morgen; Internationale Umweltpolitik; Klimaschutz; Fortsetzen der Energiewende; Ausstieg aus der Atomenergie; Effizienzsteigerung beim Umweltschutz; Moderne Abfallwirtschaft; Gewässer- und Naturschutz; Umwelt und Gesundheit; Bodenschutz; Chemikalienpolitik) – Mobilität für das 21. Jahrhundert (Verkehrsinvestitionen; Innovationen für eine nachhaltige Mobilität der Zukunft; mehr Öffentlicher Verkehr, stärkere Schiene; Güterkraftverkehr; Belastung durch Verkehrslärm abbauen; Luftbelastung und CO₂-Emissionen verringern; mehr Sicherheit im Straßenverkehr – Fahrradverkehr) – Konsequente Verbraucherpolitik – gesunde Lebensmittel – moderne Agrarpolitik (Verbraucherschutz als Querschnittsaufgabe; Verbraucherkompetenz stärken und Verbraucherschutz ausbauen; gesunde Ernährung und sichere Lebensmittel; grüne Gentechnik: Wahlfreiheit herstellen; Landwirtschaft und ländlichen Raum zukunftsfähig machen; Reform der gemeinsamen Agrarpolitik in Europa; Nachhaltigkeit als globale Herausforderung; Tierschutz) <p>VI. Solidarische Politik und Erneuerung des Sozialstaats</p> <ul style="list-style-type: none"> – Sozialpolitik (Soziale Sicherung zukunftsfest machen; gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung stärken; fördern und fordern - Sozialhilfe modern gestalten; Armuts- und Reichtumsberichterstattung fortsetzen) – Mehr Qualität und mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen (solidarische Finanzierung sichern – Beitragssätze stabilisieren; Wettbewerb verbessern – effektiv 	

Wahlperiode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuss
			<p>steuern; Leistungen sichern – Qualität nachhaltig steigern; Patientensouveränität stärken – Transparenz erhöhen; Arbeit der Beschäftigten anerkennen und Belastungen vermindern; Sucht- und Drogenpolitik; humane Pflege)</p> <ul style="list-style-type: none"> – Kinder und Jugendliche stärken und schützen – Politik für ältere Menschen – Lebenswerte Städte – sozialer Zusammenhalt (angemessener Wohnraum für alle; innovative Konzepte für unsere Städte; Bauen einfacher machen - die Baukultur in Deutschland stärken) <p>VII. Gleichstellung von Frauen und Männern (Frauen in der Arbeitswelt; Frauen vor Gewalt schützen; Frauenrechte sind Menschenrechte; Gender Mainstreaming im Gesundheitsbereich und in der Verwaltung)</p> <p>VIII. Sicherheit, Toleranz und Demokratie</p> <ul style="list-style-type: none"> – Rechts- und Innenpolitik (Das Jahrzehnt der Integration; interreligiöser und interkultureller Dialog; Verstärkung der europäischen und internationalen Zusammenarbeit; Modernisierung der Verwaltung und Reform des Föderalismus; Wirtschaftsrecht modernisieren; Innere Sicherheit; Bundesgrenzschutz: Polizei des Bundes; Sportförderung auf hohem Niveau halten; Schutz der Bevölkerung vor Katastrophen ausbauen; demokratische Beteiligungsrechte und Datenschutz; Drogenpolitik; Modernisierung von Verfahren und Institutionen der Justiz; moderne Gesellschaftspolitik) – Bürgergesellschaft stärken (Zivildienst; Kultur- und Medienpolitik) <p>IX. Gerechte Globalisierung – Deutschland in Europa und in der Welt</p> <ul style="list-style-type: none"> – Außen- und Sicherheitspolitik (Stärkung und Reform der Vereinten Nationen und multilateraler Strukturen; transatlantische Beziehungen; NATO und NATO-Osterweiterung; Russland/Osteuropa; zivile Krisenprävention; Kampf gegen den Terrorismus; Menschenrechte; Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik; Bundeswehr und internationale Einsätze; Abrüstung und Rüstungskontrolle; Rüstungsexportkontrolle) – Europäischer Einigungsprozess (Erweiterung und Vertiefung; Europäische Außen- und Sicherheitspolitik; Stabilitätspakt Südosteuropa; Europäische Justiz- und 	

Wahlperiode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuss
			<p>Innenpolitik; das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell stärken; Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik; faire finanzielle Lastenverteilung für eine solidarische Union)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Globale Gerechtigkeit und Entwicklungszusammenarbeit (Weltwirtschaftsordnung; Entwicklungspolitik; Ausfuhrleistung des Bundes (HERMES); Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft, Gemeinden und Kommunen) 	
16. WP 2005–2009	11.11.2005	CDU, CSU, SPD	<p>Koalitionsvertrag „Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit“.</p> <p>A Präambel</p> <p>B Handlungsfelder</p> <p style="padding-left: 40px;">I. Mehr Chancen für Innovation und Arbeit, Wohlstand und Teilhabe</p> <p style="padding-left: 80px;">1. Wirtschaft und Technologie</p> <p style="padding-left: 120px;">1.. Wirtschaftspolitische Strategie: neues Wachstum, mehr Beschäftigung</p> <p style="padding-left: 120px;">2.. Wiederbelebung der Investitionstätigkeit</p> <p style="padding-left: 120px;">3.. Verbesserte Mittelstandsfinanzierung</p> <p style="padding-left: 120px;">4.. Existenzgründungsoffensive: Mehr Mut zur Selbständigkeit</p> <p style="padding-left: 120px;">5.. Mehr Mittel für Forschung und Entwicklung</p> <p style="padding-left: 120px;">6.. Mobilisieren von Wagniskapital für Innovationen</p> <p style="padding-left: 120px;">7.. Clusterbildung und hochinnovative Leuchtturmprojekte</p> <p style="padding-left: 120px;">8.. Günstigere Bedingungen für Handwerk und Mittelstand</p> <p style="padding-left: 120px;">9.. Aktive Außenwirtschaftspolitik</p> <p style="padding-left: 120px;">10.. Wettbewerbsfähiges Europa</p> <p style="padding-left: 80px;">2. Arbeitsmarkt</p> <p style="padding-left: 120px;">1.. Senkung von Lohnzusatzkosten</p> <p style="padding-left: 120px;">2.. Vorfahrt für junge Menschen</p> <p style="padding-left: 120px;">3.. Impulse für mehr Beschäftigung von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern</p> <p style="padding-left: 120px;">4.. Mehr Beschäftigung für gering qualifizierte Menschen – Einführung eines Kombi-Lohn-Modells prüfen</p> <p style="padding-left: 120px;">5.. Aktive Arbeitsmarktpolitik</p>	<p>Mindestens einmal pro Monat tagender Koalitionsausschuss, der die Arbeit in Parlament und Regierung zu Sach-, Personal-, und Verfahrensfragen abstimmt und Konsens herbeiführen soll. Mitglieder sind die Kanzlerin, der Vizekanzler, die Fraktionsvorsitzenden, der Landesgruppenchef der CSU, die Parteivorsitzenden und die Generalsekretäre der Koalitionsparteien.</p>

Wahlperiode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuss
			<ul style="list-style-type: none"> 6.. Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV) 7.. Reformen im Arbeitsrecht <ul style="list-style-type: none"> a. Kündigungsschutz weiterentwickeln b. Entsendegesetz erweitern c. Umsetzung der EU-Arbeitsrichtlinie d. Unternehmensmitbestimmung sichern und gestalten 8.. Maßnahmen gegen illegale Beschäftigung, Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft 9.. Saisonarbeit 10.. Europäische Sozialpolitik 3. Bildung und Ausbildung <ul style="list-style-type: none"> 1.. Bildung ist der Schlüssel der Zukunft 2.. Chancengleichheit in der Bildung: bessere Betreuung, frühe und individuelle Förderung 3.. Die duale Berufsausbildung stärken – Ausbildungschancen für jeden jungen Menschen 4.. Mehr Durchlässigkeit zwischen den Bildungswegen 5.. Lebenslanges Lernen: Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung – Wachstumspotential der Weiterbildung nutzen 6.. Hochschulen international wettbewerbsfähig machen 7.. Sonstige forschungs- und bildungsrelevante Rahmenbedingungen 4. Forschung und Hochschule <ul style="list-style-type: none"> 1.. FuE-Ausgaben: In die Zukunft investieren 2.. Innovationspolitik aus einem Guss – innovationsfreundliche Rahmenbedingungen gewährleisten 3.. Schwerpunkte bei den Spitzentechnologien und der Projektförderung 4.. Stärkung des Forschungsstandortes Deutschland 5.. Technologische Leistungsfähigkeit stärken, Technologietransfer verbessern und Forschung in der Wirtschaft anregen 6.. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in den neuen Ländern 	

Wahlperiode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuss
			<ul style="list-style-type: none"> 7.. Ressortforschung des Bundes evaluieren 8.. Deutsche Wissenschaft mit weltweiter Strahlkraft 9.. Freude am Können vermitteln – eine neue Innovationskultur entwickeln 5. Energie <ul style="list-style-type: none"> 1.. Energiepreisanstieg begrenzen, Wettbewerb entfachen 2.. Erneuerbare Energien 3.. Biokraftstoffe und nachwachsende Rohstoffe 4.. Energieeffizienz 5.. Innovationsinitiative „Energie für Deutschland“ 6. Infrastruktur – Verkehr, Bau, Wohnen <ul style="list-style-type: none"> 1.. Verkehrsinfrastruktur leistungsfähig ausbauen, Investitionen verstetigen 2.. Verkehrswegeplanung vereinfachen und beschleunigen 3.. Bahnreform fortführen 4.. Maritimen Standort und Binnenschifffahrt stärken 5.. Alternative Kraftstoffe und Antriebe fördern, Lärmschutz und Luftqualität verbessern 6.. Verkehrssicherheit 7.. Stadtentwicklung als Zukunftsaufgabe 8.. Bauwesen und Bauwirtschaft als Schlüsselbranche 9.. Energetisches Bauen als Beitrag zum Klimaschutz 10.. Wohnungswesen 7. Umwelt <ul style="list-style-type: none"> 1.. Klimaschutz und Energie – eine Strategie, ein Programm 2.. Emissionshandel 3.. Neuordnung des Umweltrechts 4.. Nationales Naturerbe 5.. Verkehr und Immissionsschutz 6.. Abfall, Wasser 7.. Nachhaltige Entwicklung 8. Landwirtschaft <ul style="list-style-type: none"> 1.. Den ländlichen Raum und den Agrarstandort Deutschland stärken 2.. Rahmenbedingungen der EU-Agrarpolitik verlässlich 	

Wahlperiode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuss
			<ul style="list-style-type: none"> gestalten 3.. WTO-Verhandlungen auch im Agrarhandel zu einem erfolgreichen Abschluss bringen 4.. Agrarsoziale Sicherung zukunftsfest gestalten 5.. Nutzung der nachwachsenden Rohstoffe ausbauen 6.. Aktive Tierschutzpolitik 7.. Eine nachhaltige Wald- und Fischereiwirtschaft 8.. Agrarforschung stärker vernetzen 9.. Grüne Gentechnik verantwortlich nutzen 9. Bürokratieabbau <ul style="list-style-type: none"> 1.. Entlastung der freien Bürger und der Wirtschaft von Bürokratiekosten 2.. Planungsbeschleunigung und Entbürokratisierung II. Staatsfinanzen nachhaltig konsolidieren – Steuersystem zukunftsorientiert reformieren <ul style="list-style-type: none"> 1. Nachhaltige Haushaltskonsolidierung <ul style="list-style-type: none"> 1.. Ausgangslage 2.. Konsolidierungsziele 3.. Konsolidierungsgrundsätze 4.. Konsolidierungsmaßnahmen 2. Zukunftsorientierte Reformen im Steuerrecht <ul style="list-style-type: none"> 1.. Reform der Unternehmensbesteuerung 2.. Solide Basis für Kommunalfinanzen 3.. Reform der Einkommenssteuer – Priorität Steuervereinfachung 4.. Eigenheimzulage 5.. Erbschaftssteuer 6.. Förderung der deutschen Filmwirtschaft 7.. Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs 8.. Steuerpolitik in Europa 9.. Energiesteuern 3. Finanzmarkt III. Aufbau Ost voran bringen <ul style="list-style-type: none"> 1. Allgemeine Grundsätze, Sicherung und Konkretisierung des Solidarpaktes II 	

Wahlperiode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuss
			<ul style="list-style-type: none"> 2. Unternehmens- und Innovationsstandort Ost stärken <ul style="list-style-type: none"> 1.. Weiterentwicklung der Förderpolitik 2.. Verlängerung der Investitionszulage 3.. Fortsetzung der GA „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ 4.. Förderung von Mittelstand und Existenzgründern 5.. Ausbau von Hochschul- und Forschungsstandorten 6.. Verstetigung der Investorenwerbung 3. Unerstützung des Aufbau Ost durch die EU sichern 4. Arbeitsmarkt und Aufbau Ost 5. Ausbildung und Politik für die Jugend 6. Demographischer Wandel <ul style="list-style-type: none"> 1.. Demographischer Wandel und Zivilgesellschaft 2.. Sicherung der Gesundheitsversorgung 3.. Ländliche Räume in den neuen Ländern 7. Kulturförderung 8. Infrastrukturausbau – Stadtbau Ost, VDE und BBI 9. Förderung Sport 10. Unterstützung für Opfer der SED-Diktatur 11. Begrenzung der Lasten aus den Sonder- und Zusatzrenten der ehemaligen DDR 12. Planungsbeschleunigung und Entbürokratisierung IV. Soziale Sicherheit verlässlich und gerecht gestalten <ul style="list-style-type: none"> 1. Rente 2. Moderne Unfallversicherung 3. Sozialer Schutz für Künstler 4. Verlässliche Sozialhilfe 5. Gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung 6. Armuts- und Reichtumsberichterstattung 7. Gesundheit <ul style="list-style-type: none"> 1.. Allgemeine Fragen der Gesundheitspolitik 2.. Krankenversicherung <ul style="list-style-type: none"> a. Sicherung einer nachhaltigen und gerechten Finanzierung b. Wettbewerbliche und freiheitliche Ausrichtung 	

Wahlperiode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuss
			<ul style="list-style-type: none"> <li style="margin-left: 40px;">des Gesundheitswesens <li style="margin-left: 20px;">c. Strukturelle Reform der einzelnen Leistungsbereiche <li style="margin-left: 20px;">d. Sicherstellung laufender Vorhaben 8. Pflegeversicherung <ul style="list-style-type: none"> 1.. Sicherung einer nachhaltigen und gerechten Finanzierung 2.. Verbesserungen auf der Leistungsseite V. Handlungsfähigkeit des Staates verbessern <ul style="list-style-type: none"> 1. Föderalismusreform – Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung 2. Moderner Staat – effiziente Verwaltung VI. Familienfreundliche Gesellschaft <ul style="list-style-type: none"> 1. Bessere Infrastruktur für Familien 2. Familienfreundliche Arbeitsbedingungen 3. Finanzielle Förderung 4. Kindschaftsrecht 5. Gleichstellungs- und Frauenpolitik <ul style="list-style-type: none"> 1.. Gleiche Chancen am Arbeitsmarkt 2.. Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen 3.. Rechtliche Absicherung der anonymen Geburt 4.. Spätabtreibungen 6. Jugend <ul style="list-style-type: none"> 1.. Bessere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen 2.. Chancengleichheit in der Bildung 3.. Aufwachsen ohne Gewalt 4.. Chancen für benachteiligte Jugendliche 5.. Jugend für Toleranz und Demokratie 6.. Kinder- und Jugendhilfe 7. Senioren <ul style="list-style-type: none"> 1.. Potentiale des Alters erkennen und nutzen 2.. Hilfe für Ältere gewährleisten 8. Bürgergesellschaft stärken <ul style="list-style-type: none"> 1.. Verbesserung der rechtlichen Grundlagen bürgerschaftlichen Engagements 2.. Freiwilligendienste 	

Wahlperiode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuss
			<p>VII. Lebenswertes Deutschland</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Verbraucherpolitik <ol style="list-style-type: none"> 1.. Die Position der Verbraucher stärken 2.. Lebensmittelsicherheit hat Priorität 3.. Gesunde Ernährung und Bewegung 2. Kultur 3. Sport: Deutschland – Sportland <p>VIII. Sicherheit für die Bürger</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Innenpolitik: Deutschland – ein sicheres und freies Land <ol style="list-style-type: none"> 1.. Sicherheit organisieren 2.. Migration steuern – Integration fördern <ol style="list-style-type: none"> a. Interkulturelle Lernkompetenz in der Jugendhilfe stärken b. Gleichstellung von Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund c. Europäische Zusammenarbeit 2. Rechtspolitik <ol style="list-style-type: none"> 1.. Die Menschen haben ein Recht auf Freiheit und Sicherheit 2.. Rechtspolitik für eine soziale Marktwirtschaft 3.. Für Selbstbestimmung und Toleranz 4.. Eine moderne Justiz für Rechtsstaatlichkeit und Bürgernähe <p>IX. Deutschland als verantwortungsbewusster Partner in Europa und der Welt</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Europa <ol style="list-style-type: none"> 1.. Europa der Bürgerinnen und Bürger 2.. Finanzrahmen 3.. Erweiterung 2. Transatlantische Zusammenarbeit und europäische Sicherheitspolitik 3. Die Bundeswehr als Instrument nationaler und internationaler Sicherheit 4. Stabilität, Sicherheit und Kooperation in Europa und in der Welt 5. Vereinte Nationen 6. Globale Fragen 7. Entwicklungspolitik 	

Wahlperiode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuss
			<p>C Arbeitsweise der Koalition</p> <ul style="list-style-type: none"> I. Kooperation der Parteien II. Kooperation der Fraktionen III. Bundesregierung <ul style="list-style-type: none"> 1. Arbeit im Kabinett 2. Zuschnitt des Kabinetts 3. Ressortverteilung <p>Anlage 1: Erste inhaltliche Vereinbarung vom 10.10.2005</p> <p>Anlage 2: Ergebnis der Koalitionsarbeitsgruppe zur Föderalismusreform</p>	
17. WP 2009–2013	26.10.2009	CDU, CSU, FDP	<p>Koalitionsvertrag „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt.“</p> <p>Präambel</p> <p>I. Wohlstand für Alle. Durch nachhaltiges Wirtschaften</p> <ul style="list-style-type: none"> 1. Wachstum und Aufschwung <ul style="list-style-type: none"> 1.1 Motivation und Entlastung 1.2 Der Weg aus der Krise 1.3 Investitionsbremsen lösen 2. Generationengerechte Finanzen 3. Arbeitschancen für alle <ul style="list-style-type: none"> 3.1 Arbeitsmarkt 3.2 Verantwortung für das Unternehmen, Partnerschaft im Betrieb 3.3 Ältere Arbeitnehmer 4. Nachhaltiges Wirtschaften und Klimaschutz <ul style="list-style-type: none"> 4.1 Mittelstand 4.2 Klimaschutz, Energie und Umwelt 4.3 Neue Technologien, Industrieland Deutschland 4.4 Moderne Infrastruktur <ul style="list-style-type: none"> 4.4.1 Mobilität 4.4.2 Bauen und Wohnen 4.5 Ernährung und Verbraucherschutz 	<p>Die Koalitionspartner treffen sich regelmäßig zu Beginn einer jeden Sitzungswoche zu Koalitionsgesprächen im Koalitionsausschuss. Darüber hinaus tritt er auf Wunsch eines Koalitionspartners zusammen. Er berät Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung, die zwischen den Koalitionspartnern abgestimmt werden müssen, und führt in Konfliktfällen Konsens herbei. Ihm gehören an die Parteivorsitzenden, die Fraktionsvorsitzenden, die Generalsekretäre, die 1. Parlamentarischen Geschäftsführer, der Chef des Bundeskanzleramtes, der Bundesfinanzminister und ein weiteres von der FDP zu</p>

Wahlperiode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuss
			<p>4.6 Landwirtschaft und ländlicher Raum 4.7 Dienstleistungen</p> <p>5. Faire Regeln für die Weltwirtschaft</p> <p>6. Deutsche Einheit</p> <p>II. Bildungsrepublik Deutschland. Durch gute Bildung und starke Forschung</p> <p>1. Bildung</p> <p>1.1. Bildungsbündnisse vor Ort 1.2. Sprache als Schlüssel für den Bildungsaufstieg 1.3. Bildungsfinanzierung 1.4. Qualität für Bildung und Erziehung 1.5. Qualität für Studium und Hochschule 1.6. Modernes Berufsbildungssystem 1.7. Duales System 1.8. Ausbildung für alle 1.9. Lebensbegleitendes Lernen</p> <p>2. Wissenschaft und Forschung</p> <p>III. Sozialer Fortschritt. Durch Zusammenhalt und Solidarität</p> <p>1. Ehe, Familie und Kinder</p> <p>2. Jugendliche</p> <p>3. Senioren</p> <p>4. Gleichstellung</p> <p>5. Integration und Zuwanderung</p> <p>6. Ehrenamt</p> <p>7. Soziale Hilfe und Sozialversicherungen</p> <p>7.1 Arbeitslosenversicherung und Bundesagentur für Arbeit 7.2 Grundsicherung</p>	<p>benennendes Mitglied.</p>

Wahlperiode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuss
			<p>7.3 Weitere Sozialversicherungen 7.4 Menschen mit Behinderungen</p> <p>8. Rente</p> <p>9. Gesundheit und Pflege</p> <p>9.1 Gesundheit 9.2. Pflege</p> <p>10. Religion, Geschichte und Kultur; Sport</p> <p>IV. Freiheit und Sicherheit. Durch Bürgerrechte und starken Staat</p> <p>1. Innere Sicherheit und Bürgerrechte</p> <p>2. Informations- und Mediengesellschaft</p> <p>3. Datenschutz</p> <p>4. Rechtspolitik</p> <p>5. Moderner Staat</p> <p>V. Sicherer Frieden. Durch Partnerschaft und Verantwortung in Europa und der Welt</p> <p>1. Deutschland in Europa</p> <p>2. Wertegebundene und interessengeleitete Außenpolitik</p> <p>3. Deutschland in internationaler Verantwortung</p> <p>4. Internationale Einsätze und Instrumente deutscher Sicherheitspolitik</p> <p>5. Leistungsstarke und moderne Bundeswehr</p> <p>6. Menschenrechte schützen – Rechtsstaatlichkeit fördern</p> <p>7. Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik</p> <p>8. Entwicklungszusammenarbeit</p>	

Wahlperiode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuss
			VI. Arbeitsweise der Koalition	
18. WP 2013–	16.12.2013	CDU, CSU, SPD	<p>Koalitionsvertrag „Deutschlands Zukunft gestalten“</p> <p>1. Wachstum, Innovation und Wohlstand</p> <p>1.1. Deutschlands Wirtschaft stärken</p> <ul style="list-style-type: none"> – Unsere Strategie für nachhaltigen Fortschritt – Europäische Wirtschaftspolitik – Außenwirtschaft – Wettbewerbsrecht – Transparenz bei Managergehältern – Rohstoffsicherung – Industrie – Mittelstand, Handwerk, Handel und Freie Berufe – Existenzgründer und Wachstumsfinanzierung – Regionale Strukturpolitik – Deutsche Einheit stärken – Kultur- und Kreativwirtschaft – Tourismus – Unternehmensnachfolge – Rechtsrahmen – Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung <p>1.2. In Deutschlands Zukunft investieren: Bildung und Forschung</p> <ul style="list-style-type: none"> – Hochschulen – Allgemeine Bildung – Berufliche Bildung – Forschung – Fachkräftesicherung – Teilhabe von Zuwanderern stärken <p>1.3 In Deutschlands Zukunft investieren: Infrastruktur</p> <ul style="list-style-type: none"> – Verkehr – Digitale Infrastruktur 	#

Wahlperiode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuss
			<p>1.4. Die Energiewende zum Erfolg führen</p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>Energiewende und Klimaschutz erfolgreich gestalten</i> - <i>Effizienz als zweite Säule einer nachhaltigen Energiewende</i> - Ausbau der erneuerbaren Energien - Strommarktdesign – Neue Rolle für konventionelle Kraftwerke - Gliederung - Speicher - Netze - Ausstieg aus der Kernenergie - Energiewende gut umsetzen – Dialog und Beteiligung <p>1.5. Regeln für die Finanzmärkte</p> <p>2. Vollbeschäftigung, gute Arbeit und soziale Sicherheit</p> <p>2.1. Beschäftigungschancen verbessern</p> <ul style="list-style-type: none"> - Aktive Arbeitsmarktpolitik <p>2.2. Gute Arbeit</p> <ul style="list-style-type: none"> - Modernes Arbeitsrecht - Ganzheitlicher Arbeitsschutz <p>2.3. Soziale Sicherheit</p> <ul style="list-style-type: none"> - Für soziale Sicherheit im Alter - Selbstverwaltung und Entschädigung - Schnittstellen zwischen den Sozialgesetzbüchern <p>2.4. Gesundheit und Pflege</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ambulante Gesundheitsversorgung - Krankenhausversorgung - Arzneimittel, Gesundheitsberufe und Prävention - Finanzierung und Risikostrukturausgleich - Pflege 	

Wahlperiode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuss
			<p>3. Solide Finanzen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Solide Staatsfinanzen – nachhaltig und generationengerecht - Handlungsfähig im Bund, in Ländern und Kommunen <p>4. Zusammenhalt der Gesellschaft</p> <p>4.1. Miteinander stärken und Chancengleichheit verbessern</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bevölkerungswandel gestalten - Familie stärken - Gleichstellung sicherstellen - Gliederung - Selbstbestimmtes Älterwerden - Sexuelle Identität respektieren - Integration und Zuwanderung gestalten - Menschen mit und ohne Behinderung - Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste - Kirchen und Religionsgemeinschaften - Aussiedler, Heimatvertriebene und nationale Minderheiten <p>4.2. Lebensqualität in der Stadt und auf dem Land</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gutes und bezahlbares Wohnen - Stadt- und Regionalentwicklung - Umwelt - Landwirtschaft und ländlicher Raum - Verbraucherschutz <p>4.3. Kultur, Medien und Sport</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kultur - Medien - Digitale Medien - Sport <p>4.4. Digitale Agenda für Deutschland</p> <ul style="list-style-type: none"> - Digitales Wachstumsland Nr. 1 in Europa - Digitale Bildung und Forschung – gerecht und innovativ 	

Wahlperiode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuss
			<ul style="list-style-type: none"> <li style="margin-left: 40px;">– Digitales Leben und Arbeiten – Chancen und Rechte stärken 5. Moderner Staat, innere Sicherheit und Bürgerrechte <ul style="list-style-type: none"> 5.1. Freiheit und Sicherheit <ul style="list-style-type: none"> – Konsequenzen aus den Erkenntnissen des NSU- Untersuchungsausschusses – Kriminalität und Terrorismus – Digitale Sicherheit und Datenschutz – Konsequenzen aus der NSA-Affäre – Zivilschutz und Schutz kritischer Infrastrukturen – Bundespolizei und Schutz unserer Grenzen – Umgang mit SED-Unrecht – Gliederung 5.2. Moderner Staat, lebendige Demokratie und Bürgerbeteiligung <ul style="list-style-type: none"> – Wirksam und vorausschauend regieren – Bürgerbeteiligung – Transparenter Staat – Moderne Verwaltung – Öffentlicher Dienst – Moderne Justiz – Für Toleranz und Demokratie 6. Starkes Europa <ul style="list-style-type: none"> – Europapolitische Verantwortung Deutschlands – Demokratisches Europa – Herausforderungen – Europas Weg aus der Krise – Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion – Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung – Soziale Dimension stärken, Beschäftigung schaffen, Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen – Europäische Außen- und Sicherheitspolitik 7. Verantwortung in der Welt <ul style="list-style-type: none"> – Verlässlicher Partner in der Welt 	

Wahlperiode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuss
			<ul style="list-style-type: none"> – Transatlantische Partnerschaft und NATO stärken – Offener Dialog und breitere Zusammenarbeit mit Russland – Neue Dynamik für Abrüstung und Rüstungskontrolle – Vereinte Nationen, globaler Dialog und strategische Partnerschaften – Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik – Außen- und Sicherheitspolitik ressortübergreifend gestalten – Neuausrichtung der Bundeswehr – Schutz und Förderung der Menschenrechte – Humanitäre Hilfe – Wirtschaftliche Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung – Gliederung <p>8. Arbeitsweise der Koalition</p> <ul style="list-style-type: none"> – Kooperation der Parteien – Kooperation der Fraktionen – Rechte der Opposition – Arbeit in der Bundesregierung – Europapolitische Koordinierung – Ressortverteilung 	

Angaben für den Zeitraum bis 1900 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 6.10.